

Ärzte streiken wegen Honorarpraxis

Bis zu 8000 Arztpraxen im Land sind am Dienstag wegen eines Protesttages zugeblieben – vorübergehend. Dauerhaft hingegen, fürchtet der Hausärzteverband, macht in den kommenden zwei Jahren jeder fünfte Hausarzt für immer dicht.

"Erst nach 18 Uhr bin ich Wahlkämpfer", versprach Ministerpräsident Günther Oettinger noch am Dienstagmittag vor Journalisten – Ausnahmen eingeschlossen, wie am Nachmittag in Sindelfingen bei einer erneuten Protestveranstaltung der niedergelassenen Ärzte. Jede zweite Praxis blieb geschlossen, schätzt Werner Baumgärtner, Vorsitzender des Ärzteverbandes Medi im Südwesten, mehrere Tausend seiner Kollegen nahmen an einer Kundgebung teil, auf der Oettinger sein Versprechen erneuerte, die Ärzte würden 2009 in der Summe auf keinen Fall weniger verdienen als im Vorjahr. Gemeinsam wolle man einen Gutachter einsetzen, der dem Zahlenwirrwarr ein Ende bereite und eine Basis für Verhandlungen schaffe. Im Zentrum des Protestes steht die von der Großen Koalition und den Ärzten selbst ausgehandelte Honorarreform, von der die Baden-Württemberger einschneidende Verluste erwarten. Bis zu 140 Millionen Euro fließen 2009 an Kassenbeiträgen aus dem Land ab, allerdings gibt es einen Schutzschirm, der die Verluste der einzelnen Praxen auf fünf Prozent begrenzen soll. Die Krux: Weil Umverteilung und Segnung des Schutzschirms kompliziert zusammengeführt werden, gibt es zwar viele Schätzungen, aber noch immer keine endgültigen Abrechnungen fürs laufende Jahr. Selbst Mitte September wissen die niedergelassenen Ärzte also nicht, was sie im Januar verdient haben. Betriebswirtschaftliche Kalkulationen sind so unmöglich, Investitionen in neue Geräte unterbleiben, hieß es gestern.

Schlimmer noch: Unter den wirtschaftlichen Bedingungen ist Nachwuchs nicht zu gewinnen, so Berthold Dietsche, Landeschef des Hausärzteverbandes. Gerade mal zwei Mediziner hätten dieses Jahr in Südbaden ihre Prüfung zum Allgemeinmediziner absolviert. Die Folge: Bis 2012 müsse jede fünfte Hausarztpraxis im Land schließen, weil Nachfolger für Ärzte fehlen, die in Pension gehen. "Das gibt eine dramatische Unterversorgung." Schuld am Abrechnungschaos sind die Ärzte allerdings auch selbst: Die Kassenärztliche Bundesvereinigung hat die neue Gebührenordnung mitbeschlossen, wenn auch unter Protest der Baden-Württemberger. Die fänden im Konzert der 17 Länder-KVen, von denen vor allem die im Osten profitieren, kein Gehör, klagt Baumgärtner. Und die Kassenärztliche Vereinigung im Südwesten, die das Geld verteilt, arbeite schleppend – in den anderen Ländern ist das erste Quartal abgerechnet. MEDIZINER EMPFEHLEN, SCHWARZ-GELB ZU WÄHLEN Das sieht auch die SPD so: "Die Ausgestaltung der Honorarreform ist eine ureigene Angelegenheit der Selbstverwaltung", warnte SPD-Generalsekretär Peter Friedrich vor falschen Fronten. Die Bundespolitik habe mehr Mittel in Umlauf gegeben als von der Selbstverwaltung verteilt werde. 2007 seien Kassenarzt-Honorare von 3,7 Milliarden Euro ins Land geflossen, 2009 mindestens 3,9 Milliarden. Die SPD trifft der besondere Zorn: Baumgärtners Medi-Gruppe hat eine Wahlempfehlung gegen sie und für Schwarz-Gelb abgegeben und lässt sie in den Praxen auslegen. Doch sogar Gesundheitsministerin Monika Stolz, Ärztin und CDU-Mitglied, verweist auf Nachbesserungen, dank denen "die Situation möglicherweise doch nicht so dramatisch wird wie befürchtet".